

2.12.1970

KADAR. Das Wort hat Genosse Leonid Iljitsch Breshnew.

BRESHNEW. Teure Genossen! Unsere Delegation bringt ihre große Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß wir uns erneut versammelt haben, um einige außenpolitische Fragen zu erörtern und gemeinsam über die Lösung komplizierter außenpolitischer Probleme nachzudenken, was gegenwärtig von größter Bedeutung ist.

Vier Monate nach unserer letzten Zusammenkunft stehen wir auf einer neuen Ebene, ja, man kann sagen: auf neuen Ausgangspositionen. Ich meine die Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Hier haben wir einen weiteren Beweis dafür, wie gewichtig das Wort der sozialistischen Länder in den internationalen Angelegenheiten ist, wenn hinter ihm eine vereinbarte Politik und unsere gemeinsame Entschlossenheit steht, die Interessen des Sozialismus zu verteidigen.

Wenn sich heutzutage die positiven Tendenzen in Europa verstärken, so weiß wohl niemand besser als unsere Parteien, daß dies dem koordinierten Wirken unserer sozialistischen Gemeinschaft, unserer sozialistischen Länder zu verdanken ist.

Der Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD ist ein wichtiger Faktor des politischen Gleichgewichts in Europa, auch wenn er noch nicht ratifiziert wurde und seine Möglichkeiten noch nicht realisiert werden.

Der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland wird zweifellos in derselben Richtung wirksam werden.

Beide Verträge stellen einen Umbruch in der politischen Situation Europas dar. Sie entsprechen den Interessen sowohl der sozialistischen Länder als auch aller europäischen Völker. Dabei muß festgestellt werden, daß es eines fünfundzwanzigjährigen Weges bedurfte, bis die Absicht unserer Gegner, die in Jalta und Potsdam auf Drängen der Sowjetunion festgelegte Westgrenze Polens rückgängig zu machen, endgültig Schiffbruch erlitt.

Zwei spannungsgeladene Jahrzehnte dauerte es, bis die Voraussetzungen für die unzweideutige Anerkennung des sozialistischen deutschen Staates seitens des imperialistischen Westdeutschlands geschaffen waren.

Wir stehen jetzt gewissermaßen an der Schwelle dieser Anerkennung. Die BRD hat bereits die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR wie auch der anderen sozialistischen Staaten anerkannt.

Das politische Ringen im Westen um die Verträge der BRD mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen, um die Fragen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, um die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Diktats von Anfang an, um die Normalisierung der Lage in Westberlin hat die Fronten zwischen den Anhängern und den Gegnern der Festigung des Friedens in Europa geklärt. Die Reaktion hat offenkundig noch längst nicht die Waffen gestreckt; ihre Aktivitäten hemmen die positiven Prozesse in der europäischen Entwicklung und türmen auf dem Wege zur Regelung der ungelösten Probleme noch erhebliche Schwierigkeiten auf.

In diesem Zusammenhang sollte man die Lage in der Bundesrepublik Deutschland betrachten. Neben gewissen Veränderungen zum Besseren haben wir es dort auch mit einer offenkundigen Belebung des Neonazismus zu tun; sehen wir die Bemühungen um eine Konsolidierung der Rechtskräfte auf der Plattform des Revanchismus und

Militarismus, wird eine zügellose Kampagne der Feindschaft gegen die sozialistischen Länder und vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik entfacht.

Wie die Landtagswahlen in Hessen und Bayern zeigen, steht ein großer Teil der Massen immer noch unter dem Einfluß der chauvinistischen Losungen des rechten Flügels der CDU/CSU. Und wenn es Strauß und Kiesinger heute gelänge, die Macht an sich zu reißen, so würden sie, ohne auf das eigene Land die geringste Rücksicht zu nehmen, viel Schaden in den europäischen Angelegenheiten stiften. Die Position der Regierung Brandt ist zwar nach ihrem Machtantritt nicht schwächer geworden, aber im allgemeinen doch labil geblieben. Das hat seine Ursache nicht nur in der Labilität der FDP, sondern auch in der Inkonsequenz der SPD-Führung, in ihrer Neigung zum Politikastertum, in ihrer Furcht, sich im Antikommunismus ja nicht von rechts überholen zu lassen. Kann das alles etwa die Positionen Brandts stärken?

Sogar dort, wo die Sozialdemokraten alles in der Hand haben, um eine offensive Linie durchzusetzen, zum Beispiel in der Frage der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags, suchen sie nach Rechtfertigungen, beschwichtigen sie die Opposition und vermehren damit schließlich ihre eigenen Schwierigkeiten.

Das Komplizierte der Lage der Regierung Brandt wird auch noch dadurch erschwert, daß seine Politik immer und überall auf den Widerstand der Westmächte stößt.

Man sollte die Politik der Amerikaner sorgfältig beachten. Wir meinen, daß sie nach wie vor ein Doppelspiel treiben. Nach außen sind sie gewissermaßen loyal, versäumen aber in der Praxis keinen Anlaß, um das Hinterland der heutigen Bonner Koalition zu schwächen, um Brandt jeweils dort, wo er nach ihrer Meinung zu

viel Selbständigkeit entwickelt, an die Kandare zu nehmen.

Ein solcher Kurs ist auch für England charakteristisch, obwohl es sich hütet, einen zu starken Druck auf Brandt auszuüben: hier sind offenbar die Absichten eines Beitritts zur EWG im Spiele, bei denen die Engländer auf die Unterstützung der BRD hoffen. Die Westmächte - in erster Linie natürlich die USA - wollen die Brandtsche Ostpolitik in den Aspekten zügeln, die irgendwie das NATO-Gespann in Europa zu schwächen drohen. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Viermächteverhandlungen über Westberlin. Die Westmächte beziehen eine solche Position, das muß man offen aussprechen, die man nur als erpresserisch bezeichnen kann. Sie haben Brandt ein Junktim zwischen der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags und Fortschritten in den Westberlin-Verhandlungen aufgenötigt. Jetzt spekulieren sie eben darauf und möchten das Problem des Inkrafttretens des Vertrags UdSSR-BRD benutzen, um einseitige Vorteile für sich herauszuschlagen. Mit dem Ausgang der Berlin-Verhandlungen verknüpfen sie künstlich auch die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie einige andere außenpolitische Fragen. Das müssen wir in Rechnung stellen, wenn wir über unsere Anstrengungen zum Zustandekommen einer gesamt-europäischen Sicherheitskonferenz sprechen.

Unter diesen Voraussetzungen wäre es offenbar verfrüht, irgendwelche Prognosen hinsichtlich der Dauer und der eventuellen Ergebnisse der Westberlin-Verhandlungen anzustellen. Wir konnten bereits feststellen, daß die gegenwärtige positive Tendenz der europäischen Entwicklung dem amerikanischen Imperialismus gar nicht ins Konzept paßt und sich sozusagen nicht in seine Globalstrategie einfügt. Nixon ist offenbar darum besorgt, wie er der allmählichen Erschütterung der Positionen der USA in Europa entgegenwirken könnte, wo man immer mehr an der Notwendigkeit des

amerikanischen "Schildes" - zumindest in seiner gegenwärtigen Form - zu zweifeln beginnt.

Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß es nicht wenig Meinungsgenossen der USA auf dem europäischen Kontinent gibt. Das sind die reaktionären Kräfte in der BRD und in anderen Ländern. Immer dann, wenn sich die USA außerstande sehen, unerwünschte Entwicklungen in Europa mit ihren eigenen, ihnen dort zu Gebote stehenden Hebeln abzuwürgen, nehmen sie zu einer Verschärfung der allgemeinen Spannungen in der Welt Zuflucht.

Übrigens möchte ich die Aufmerksamkeit auf die von Nixon in jüngster Zeit verfolgte äußerst zweifelhafte, gefährliche und abenteuerliche Politik lenken. Das ist klar ersichtlich aus seiner Vietnam-Politik. Das kann sich von Tag zu Tag ändern. Ein Beispiel dafür sehen wir in der Nahost-Politik der USA und in ihrer Linie in der Westberlin-Frage. Es gibt keinerlei Gewißheit hinsichtlich der Stabilität seiner Politik. Die hysterische Kampagne um die kürzlich von den Amerikanern wegen Kuba und Nahost inszenierten "Vertrauenskrise", die Spannungen in Kambodscha und Vietnam - das alles zielt in nicht geringem Maße gegen die Entspannungstendenz in Europa, gegen den sowjetisch-westdeutschen Vertrag, gegen die Regulierung der Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern. Aber wir können, ohne fehlzugehen, sagen, daß es für die USA mit jedem Jahr immer schwieriger wird, die amerikanischen Positionen auf dem europäischen Kontinent zu behaupten.

Nach Abwägung all dieser Tatsachen der letzten Zeit kann man sagen, daß jetzt in Europa zwei Grundkonzeptionen, zwei Methoden der Politik miteinander konfrontiert werden: Die eine wird von den Vereinigten Staaten oktroyiert, das ist das Ausweichen vor der Lösung der in diesem Teil der Welt bestehenden Problemen, die Konservierung der Spannungen, die Reduzierung der Beziehungen

zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf ein Minimum , darunter auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Die andere Konzeption, und für sie tritt unsere sozialistische Gemeinschaft ein, zielt auf die Erweiterung und Vertiefung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern, ausgehend von den in Europa bestehenden Realitäten.

Aus dem von uns Erreichten, aus unserer internationalen Praxis ergibt sich nach unserer Meinung die Schlußfolgerung, daß wir keinesfalls die Initiative aus unseren Händen geben dürfen. Nur im Gefolge systematischer Konsultationen und vereinbarter Handlungen unserer Länder des Warschauer Vertrags ist es uns gelungen, sowohl in der Frage der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland als auch insgesamt in der Stabilisierung der Lage in Europa bedeutend voranzukommen. Deshalb müssen wir die gemeinsame Initiative weiterhin behalten. Die Grundtendenzen der politischen Entwicklung können sich in verschiedenartigen Formen manifestieren, und wir können wohl heute kaum im Detail alles voraussehen. Sehr wichtig ist, daß wir auch künftig die Möglichkeit haben werden, unsere Zusammenkünfte operativ abzuhalten, ob auf der Ebene der Außenminister oder der Regierungschefs, ob auf der Ebene der Sekretäre der Zentralkomitees, um operativ auf diese oder jene Vorgänge zu reagieren, mit denen wir künftig konfrontiert werden. Wichtig ist, daß unsere Politik, daß unsere Friedenspolitik richtig ist. Es ist sehr schwer, ihr eine andere Politik entgegenzustellen. Das ist unsere große Stärke, die wir geschickt nutzen müssen. Die Erfahrungen besagen, daß die von uns verfolgte Politik immer mehr Anhänger gewinnt.

Das Ergebnis ist ein hohes Niveau der Beziehungen, zum Beispiel mit Frankreich, Italien, Finnland und manchen anderen

Staaten des Westens. Stärker wird das Streben nach einer selbständigen Politik der Mehrheit westeuropäischer Länder, eingeschlossen auch die kleinen Staaten. Merklich aktiver wird die Bewegung der gesellschaftlichen Kräfte, was sich auch auf die Politik der bürgerlichen Regierungen auswirkt.

Wir können heute mit Recht sagen, daß unser in den europäischen und insbesondere in den deutschen Angelegenheiten gemeinsam erarbeiteter Kurs seine Lebensfähigkeit und Wirksamkeit vollauf bewiesen hat.

Natürlich ist noch nicht alles getan worden. Ein nicht leicht und vielleicht auch langwieriger Kampf steht noch bevor, um das ganze Programm der Gewährleistung der europäischen Sicherheit, das auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses und auf den internationalen Beratungen unserer Parteien ausgearbeitet wurde, in die Tat umzusetzen. Es ist durchaus möglich, Genossen, daß das Inkrafttreten unserer Verträge mit der BRD gar nicht so bald erfolgt. Das ist sehr gut möglich. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich in der Verteilung der politischen Kräfte innerhalb der BRD Veränderungen in negativer Richtung vollziehen. Darauf muß man vorbereitet sein. Wenn sich Liebhaber von Komplikationen finden, dann müssen wir sehen, ob die Verpflichtungen, die jetzt der BRD auferlegt sind, ausreichen, und ob nicht unsere Forderungen größere Festigkeit verliehen werden müßte. Selbstverständlich ist es uns nicht gleichgültig, in welcher Richtung die Entwicklung der Ereignisse verläuft und ob sich in der BRD die Fraktion an der Macht halten kann, die nüchternere Auffassungen hat.

Angesichts der auf lange Sicht berechneten Interessen zur Gewährleistung des Friedens in Europa ist es taktisch vorteilhaft die Durchsetzung der realistischen Tendenzen in der Politik des westdeutschen Staates zu fördern, obwohl - nach allem zu urteilen - der Kampf innerhalb der BRD nicht ohne akute Krisen und unerwartete Zickzackwege verlaufen wird.

Wie wir es verstehen, hat niemand von uns Illusionen hinsichtlich der politischen Konzeptionen der gegenwärtigen Führer der BRD. Sie rechnen zweifellos darauf, aus der Entwicklung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, aus der Tatsache des Abschlusses von Verträgen mit der Sowjetunion und Polen für sich irgendeinen Nutzen zu ziehen. Wenn die Verträge ihnen nur

Nachteile brächten, hätten sie sie nicht unterschrieben. Wir sehen beinahe auf Schritt und Tritt, daß die positiven Momente, die auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen zutage treten, von Versuchen begleitet sind, den Positionen des Sozialismus Nachteile zuzufügen und Entzweiung in unsere Reihen hineinzutragen. Weshalb sagen wir das so? Wollen wir uns den realen Tatsachen zuwenden.

Schon seit langem hat die BRD keinen solchen massierten Druck, keinen solchen raffinierten Propagandakrieg gegen die DDR entfaltet wie gegenwärtig.

Eine nicht unwichtige Tatsache, an der wir nicht vorübergehen können, besteht darin, daß sich auf militärischem Gebiet mit dem Machtantritt der Brandt-Regierung nicht viel verändert hat. Die Ausgaben für die Bundeswehr werden sich im nächsten Jahr um drei Milliarden Mark erhöhen. Und jetzt wird aus Brüssel mitgeteilt, daß es die BRD übernimmt, in den nächsten fünf Jahren allein auf der Linie der NATO zusätzlich noch weitere 1,8 Milliarden Mark bereitzustellen. Das heißt, daß die Ausgaben für die Kriegsvorbereitung unermesslich wachsen. Dabei gehört der Verteidigungsminister der BRD, der Sozialdemokrat Schmidt, zu den Schöpfern des Programms der Verstärkung und Modernisierung der Militärmaschine der NATO.

Niemand von den nordatlantischen Alliierten hat an Brandt auch nur ein Wort des Vorwurfs auf Grund seiner Beziehungen zu den Kommunisten gerichtet. Und das ist nicht verwunderlich. Ihr kennt ja die Einstellung Brandts zu den Kommunisten. Wir haben erfahren (und sicher wissen alle Genossen davon), daß die SPD-Führung kürzlich ein spezielles Dokument beschlossen hat, das mit aller Bestimmtheit bekräftigt, daß der Antikommunismus die Grundlage der Politik der Sozialdemokraten bleibt.

Den Sozialdemokraten ist es beispielsweise verboten, irgendwelche Beziehungen zu den westdeutschen Kommunisten zu unterhalten. Es ist ihnen auch verboten, irgendwelche Beziehungen zu Mitgliedern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu unterhalten, obwohl uns bekannt ist, daß die Führung der Sozialdemokratie nicht abgeneigt ist, Kontakte mit einigen kommunistischen Parteien nach ihrem Ermessen aufzunehmen. Die politischen Ziele eines solchen differenzierten Verhaltens bedürfen keiner besondere Erklärung.

Die Genossen haben hier von der Notwendigkeit gesprochen, aktiver mitzuhelfen, damit die realistischen, demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik selbst gestärkt werden. Heute ist es vielleicht schwierig, über konkrete Dinge zu sprechen, aber man könnte sich im Prinzip darüber einigen, daß alle unsere Parteien den westdeutschen Kommunisten in ihrer Arbeit, in dem von ihnen geführten ideologischen und politischen Kampf jegliche Unterstützung erweisen. Es wird wahrscheinlich richtig sein, wenn wir das als unsere Pflicht betrachten.

Es liegt klar auf der Hand, daß der ideologische Kampf mit den Sozialdemokraten von unseren Parteien ständige Aufmerksamkeit verlangt. Wir stehen zum Beispiel auf dem Standpunkt, daß wir dem Kampf mit den ideologischen Gegnern nicht ausweichen dürfen. Wir müssen klare und überzeugende Antworten auf die Fragen geben, in denen die Sozialdemokraten uns ihren Standpunkt aufzwingen möchten. Und hierbei kommt es wiederum darauf an, den Offensivgeist zu wahren, neue gesellschaftliche Schichten im ideologischen Kampf für uns zu gewinnen.

Wir sind für die Ausarbeitung vereinbarter Standpunkte in der Einschätzung des modernen Sozialdemokratismus, seiner Ideologie und seiner Politik. Das ist sehr wichtig, Genossen, das ist eine breite

Front des Kampfes. Ich bin überzeugt, daß die Ergebnisse unserer Aktionen um so größer sein werden, je einmütiger wir, alle unsere Parteien und unsere Länder, vorgehen.

Zugleich möchten wir natürlich den Umstand hervorheben, daß es - ausgehend von den Interessen der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern - unter den gegebenen Bedingungen zweckmäßig wäre, die ideologischen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten von den Beziehungen zur Regierung Brandt-Scheel auf staatlicher Linie zu trennen.

Ein komplizierter Fragenkomplex hängt mit der Aufgabe zusammen, die internationalen Positionen der DDR weiter zu festigen.

In relativ kurzer Zeit gelang es der DDR, einen Weg zurückzulegen, für den es unter anderen Bedingungen viele Jahre bedurft hätte. Die Unterstützung der DDR in ihrem Kampf um die Normalisierung der Beziehungen mit den imperialistischen Staaten, vor allem mit der BRD, auf der Basis der allgemein üblichen völkerrechtlichen Normen - das ist unsere gemeinsame Pflicht. Und wir stellen mit tiefer Genugtuung fest, daß sich zu dieser Frage alle Teilnehmer dieser Beratung in dem gleichen Sinne geäußert haben.

Ich bezweifle nicht, daß wir alle von der Notwendigkeit ausgehen, die Positionen der DDR, ihre Souveränität als sozialistischer deutscher Staat und untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft entschlossen zu verteidigen. Dabei teilen wir voll und ganz den Standpunkt des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR hinsichtlich der Notwendigkeit, den Versuchen Bonns, irgendwelche "innerdeutschen" Prinzipien für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zu erfinden und die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten mit entgegengesetzter sozialer Ordnung der Idee von der Erhaltung der "nationalen Gemeinsamkeit aller Deutschen" entgegenzusetzen.

Durchaus gerechtfertigt ist unseres Erachtens der von der DDR eingeschlagene Kurs auf die Zerreißung jeglicher Fäden, die das Land in die Vergangenheit zurückziehen sollen, auf die Überwindung der nationalistischen Illusionen und Überreste im Bewußtsein der Menschen, auf die entschiedene Abgrenzung der DDR von der BRD nach dem Klassenprinzip, nach dem sozialen Prinzip, das das Kernstück der Politik jedes sozialistischen Staates bilden muß. Was unsere Partei und unsere Regierung betrifft, so haben wir die Verwirklichung dieses Kurses stets allseitige Hilfe und Unterstützung erwiesen und werden das auch weiterhin tun.

Wir sind einverstanden mit dem, was die Genossen hier gesagt haben: daß wir den Kampf gegen die Versuche, die DDR auf dem internationalen Schauplatz zu diskriminieren, gegen die Versuche, ihre Tätigkeit in den internationalen Organisationen, ihrem Streben nach der Unterhaltung normaler Beziehungen zu allen Staaten Schwierigkeiten in den Weg zu legen, weiterhin fortsetzen müssen. Die Situation für die Regulierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD unterscheidet sich heute kraß von jener, wie sie noch vor ganz kurzer Zeit war. Das Inkrafttreten der Verträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen wird zweifellos einen neuen, starken Impuls auslösen, daß Bonn in den Fragen der Regelung der Beziehungen mit der DDR einen realistischeren Standpunkt bezieht.

Natürlich hat Brandt manövriert und wird weiter manövrieren, aber es wäre für ihn äußerst riskant, hinsichtlich der übernommenen Verpflichtungen den Rückwärtsgang einzuschalten.

Die bekannte "Absichtserklärung", die in engem Kontakt mit den Bruderparteien ausgearbeitet wurde, enthält die Hauptsunne der Forderungen, die auf den Tagungen in Bukarest, Budapest und bei anderen unserer Zusammenkünfte aufgestellt wurden. Die "Absichtserklärung" betrachtet den Abschluß von Verträgen mit den sozial-

stischen Staaten, insbesondere mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit der Volksrepublik Polen und mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durch die BRD als einheitliches Ganzes. In dieser "Absichtserklärung" ist präzise die Verpflichtung der westdeutschen Regierung formuliert, die Beziehungen mit der DDR auf der Basis der völligen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten zu gestalten, und dort ist auch die Verpflichtung fixiert, den Beitritt der BRD und der DDR zur Organisation der Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen zu fördern. In dem Dokument wird auch prinzipiell auf die Notwendigkeit hingewiesen, in den Verhandlungen zwischen der BRD und der Tschechoslowakei die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens zu regeln.

In einigen Teilen wurde bereits mit der Verwirklichung der "Absichtserklärung" begonnen. In anderen Fragen zögert Brandt noch. Und die Aufgabe besteht offenbar darin, zu erreichen, daß die praktische Politik der Regierung Brandt in Einklang mit den übernommenen Verpflichtungen gebracht wird. Selbstverständlich steht an erster Stelle die Ratifizierung der Verträge, denn sie würde dazu beitragen, eine noch festere Grundlage für den Erfolg unserer Bemühungen zu schaffen.

Unserer tiefen Überzeugung nach bewahrt das Prinzip der gemeinsamen Verteidigung der Interessen der sozialistischen Länder; das in den vorangegangenen Etappen gute Ergebnisse gezeitigt hat, auch in der gegenwärtigen Etappe seine volle Bedeutung. Ich meine, wir sind uns alle darin einig, daß die von uns ~~unternehmens~~ zu unternehmenden Schritte koordiniert sein müssen und daß ihre zeitliche Durchführung durch den Fortschritt in allen Richtungen bestimmt sein muß.

Die Einmütigkeit unseres Vorgehens, das komplexe Herangehen an die Normalisierung der Beziehungen zur BRD waren und bleiben unserer Meinung nach, Genossen, der zuverlässige Schlüssel zum Erfolg.

Das gilt in vollem Maße auch für die Perspektiven der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und Westdeutschland. Im Verlauf der bisherigen Kontakte haben sich die polnischen Freunde dafür ausgesprochen, daß die Volksrepublik Polen bald nach der Ratifizierung der Verträge der UdSSR und der VR mit der BRD die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der BRD in Angriff nimmt. Offenbar reift ein solcher Schritt heran. Und offensichtlich wird das mit der Zeit auch für die Tschechoslowakei, für Ungarn und Bulgarien zu einer praktischen Frage werden.

Zugleich besteht unser gemeinsamer Standpunkt, wie wir es verstehen, darin, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen ebenso wie andere Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen unserer Länder mit der BRD ständig daran gemessen werden müssen, inwieweit Bonn bereit ist, auf die vereinbarten Forderungen nach Regulierung der Beziehungen mit der DDR, in der Gesamtsumme der von uns aufgeworfenen Probleme, als einem ~~unabhängigen~~ souveränen Staat einzugehen. In dieser Hinsicht können wir die volle Solidarität mit dem Standpunkt erklären, den Genosse Gomulka auf dem X. Parteitag der USAP formuliert hat.

Genossen! Unser heutiges Treffen bietet die Möglichkeit, noch eine Frage zu erörtern, die bereits berührt wurde - die Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz. Die von unseren Ländern unterbreitete Idee einer solchen Beratung steht nunmehr im Brennpunkt der europäischen Politik. Fast alle Länder des Kontinents geben in der einen oder anderen Form der Bereitschaft Ausdruck, an dieser Konferenz teilzunehmen, aber in Wirklichkeit ist kaum eines von ihnen

geneigt, die notwendige Energie aufzubringen, um die von den USA an der Schwelle zu dieser Konferenz aufgetürmten Hindernisse zu beseitigen. Es muß unumwunden gesagt werden, daß Washington bestrebt ist, die Handlungen seiner NATO-Verbündeten zu fesseln, und sich bemüht, die Vorbereitung der Konferenz zum Gegenstand eines politischen Kuhhandels zu machen. Sicher wird die heute in Brüssel eröffnete NATO-Ratstagung es nicht verabsäumen, sich über die Beratung und über unsere letzten Vorschläge zu ihrer Vorbereitung zu äußern. Unabhängig von den Beschlüssen dieser Tagung wäre es sinnvoll, eine positive Stellungnahme zur jüngsten Initiative Finnlands abzugeben, worüber die Genossen hier schon gesprochen haben.

Wir müssen darauf hinarbeiten, daß die gesamteuropäische Konferenz so bald wie möglich oder in nächster Zukunft stattfindet. Wenn die Genossen damit einverstanden sind, könnten wir vereinbaren, daß sich die Außenminister unserer Länder speziell über zusätzliche Schritte konsultieren, die in diesem Zusammenhang nützlich wären. So kompliziert es auch sein mag, aber wenn es uns gelänge, eine europäische Konferenz zu Fragen der Sicherheit durchzuführen, würde das von enormer Bedeutung sein. Die europäischen Staaten würden erleichtert aufatmen und endlich begreifen, daß sie die europäischen Angelegenheiten selbst entscheiden können.

Abschließend gestatten Sie mir, dem Genossen Ulbricht und allen deutschen Freunden für die Gastfreundschaft und die Aufmerksamkeit, mit der sie uns, die Teilnehmer des Treffens, umgeben haben, sowie für die guten Arbeitsbedingungen unseren Dank auszudrücken.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.